

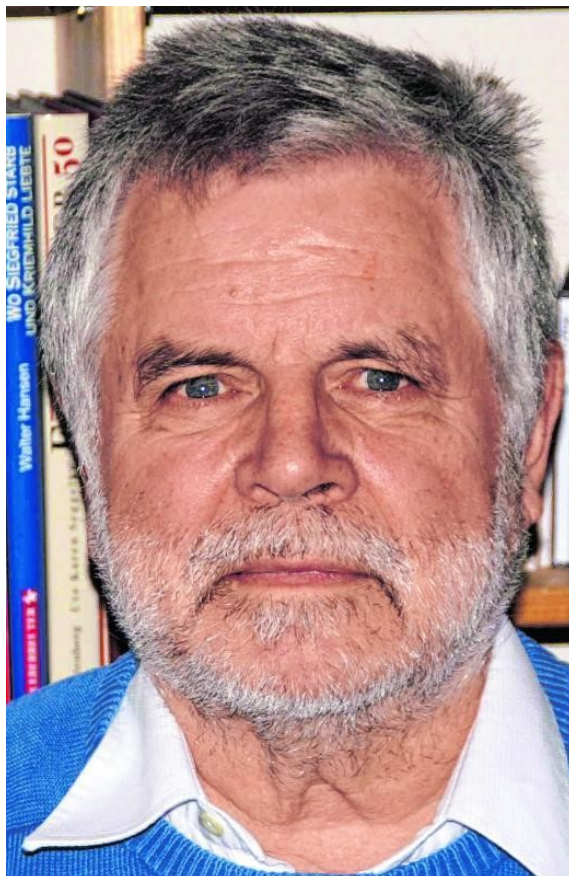
# „Es hieß, dass sie zu Recht im KZ gewesen seien“

Professor Frank Nonnenmacher fordert, dass "Asoziale" und "Berufsverbrecher" als NS-Opfer anerkannt werden

VON CAROLIN HENKENBERENS

Sie sprechen am Montag in Bremen über vergessene NS-Opfer, über „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“. Welche Menschen wurden von den Nationalsozialisten so bezeichnet?

Frank Nonnenmacher: In den Augen der Nazis waren unter anderem Obdachlose, Wohnsitzlose, fahrende Leute und Straßemusikanten „Asoziale“. Sie wurden als nicht zur Gesellschaft gehörend bezeichnet, als dem deutschen Wesen fremd. Deswegen wurden sie in Razzien aufgegriffen und in KZs verbracht. „Berufsverbrecher“ waren in den Augen der Nazis Menschen, die mehrere kleine Straftaten begangen hatten, Diebstahl oder Hehlerei zum Beispiel. Die Nazis sagten, wer mehrfach Straftaten begangen hatte, habe bewiesen, dass er kriminelle Gene besitze. Man glaubte, man könne Kriminalität ausmerzen. Diese Menschen sind nach ihrer Strafhaft in KZs verbracht worden. Menschen, wohlgemerkt, die ihre Strafe abgesessen hatten.



Wie viele Menschen betraf das?

Geschätzt um die 70 000, von denen viele umgebracht wurden. Genaue Zahlen gibt es nicht, denn diese Gruppen sind nicht nur von der Gesellschaft ignoriert worden, sondern auch von der Wissenschaft. Es sind zum Beispiel nie Betroffene von Forschern aufgesucht worden, als das noch möglich gewesen wäre. Jetzt ist es zu spät. Die wenigen, die es noch gibt, sind kaum noch zu befragen.

Ihr Onkel wurde als „Berufsverbrecher“ verfolgt.

Ja, der war ein Kleinkrimineller. Er hat die Schule geschwänzt, stattdessen irgendwo etwas „besorgt“. Das hatte natürlich auch soziale Ursachen, er war in extremer Armut aufgewachsen. Er und mein Vater, der Pilot für Hitler war, hatten eine ledige Mutter, die am unteren Ende der sozialen Hierarchie lebte.

Was genau ist Ihrem Onkel zugestoßen?

Er wurde ins KZ Flossenbürg gebracht, einem Lager mit einem Granitsteinbruch. Dort sollten die „Berufsverbrecher“, wie es in einer SS-Verordnung hieß, „durch Arbeit vernichtet werden“. Durch Zufall ist er dem Tode entronnen und ins Konzentrationslager Sachsenhausen in ein weniger gefährliches Kommando verlegt worden, sodass er überlebte.

Wie haben Sie von seinem Schicksal erfahren?

Erst in den späten 70er-Jahren, als ich ein junger Mann war. Mein Onkel hat geschwiegen über die Zeit. Auch mein Vater wusste nichts darüber und hat zu mir gesagt: Frag ihn selbst. Ich habe dann Fragen gestellt – wohl auf eine Weise, die meinem Onkel das Reden ermöglichte. Es war typisch für diese Häftlinge, dass sie über diese Zeit nichts erzählten. Sie haben im Gegensatz zu anderen NS-Opfergruppen ihre Schicksale nicht veröffentlicht oder gar eine Interessengruppe gebildet.

Er hat also mit Ihnen erstmals darüber geredet?

Ja. Unmittelbar nach dem Krieg bemühte er sich, als Opfer anerkannt zu werden. Aber da die von den Nazis „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Genannten nicht politisch, rassistisch oder religiös verfolgt waren, wurde das verweigert. Es hieß, dass sie zu Recht im KZ gewesen seien. Damit begann das große Schweigen.

Sie setzen sich für die Anerkennung der beiden Gruppen als vergessene NS-Opfer durch den Bundestag ein. Was würde das Ihrer Ansicht nach bedeuten?

Einige sagen: Was soll das denn noch? Es lebt ja kaum noch jemand von denen. Aus meiner Sicht ist die Anerkennung der „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ aber ein ganz wichtiger Baustein der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland, der bis heute fehlt. Auch für die Nachkommen der Opfer ist dies bedeutsam. Und finanzielle Mittel müssen bereitgestellt werden, um die historisch-politische Bildung zu fördern und um die Forschungslücken zu schließen.

Glauben Sie, dass es zur Anerkennung kommt?

Es gibt mittlerweile vier Anträge dazu im Bundestag, zuerst von den Grünen, dann von FDP und Linken. Auch SPD und Union haben sich nach langem Zögern zu einem gemeinsamen Antrag zur Anerkennung der bislang ignorierten NS-Opfer durchgerungen. Wann im Plenum abgestimmt wird, ist noch unklar. Ich bin gespannt, ob sich die Fraktionen noch auf einen einzigen interfraktionellen Antrag – ohne die AfD – einigen werden. Das wäre ein riesengroßer Erfolg für den Appell, den übrigens bisher über 20 000 Menschen auf der Plattform change.org unterschrieben haben.

Das Gespräch führte Carolin Henkenberens.

---